

ARBEITSKREIS ZUR ENTWICKLUNG VON LEITLINIEN

FÜR BÜRGERBETEILIGUNG IN HEIDELBERG

Abschließendes PROTOKOLL der 1. Sitzung am 18.3.2011¹

Inhalt

1.	Allgemeines.....	2
1.1	Teilnehmer/innen	2
1.2	Arbeitsprogramm.....	2
1.3	Begrüßung durch den OB Dr. Eckart Würzner	3
1.4	Begrüßung durch Prof. Dr. em. Helmut Klages.....	3
1.5	Termine der weiteren AK-Sitzungen	4
1.6	Öffentlichkeit, Pressearbeit, Homepage.....	4
1.7	Regeln für die Zusammenarbeit.....	5
2.	Stärken und Schwächen bisheriger Bürgerbeteiligung in Heidelberg	5
2.1.	Zusammenfassung der Stärken bisheriger Bürgerbeteiligung in Heidelberg	6
2.2	Zusammenfassung der Schwächen bisheriger Bürgerbeteiligung in HD:	7
3.	Ziele von Bürgerbeteiligung in Heidelberg.....	9
3.1	Zusammenfassung der Ziele, die von Seiten des Gemeinderats genannt werden:.....	9
3.2	Zusammenfassung der Ziele, die von Seiten der Verwaltung genannt werden:.....	10
3.3	Zusammenfassung und Diskussion der Ziele, die von Seiten der Bürgerschaft genannt werden...	10
3.4	Konsens oder Dissens hinsichtlich der genannten Ziele?	12
4.	Ausblick auf die nächste Sitzung	13
Anhang	14
	Arbeitsprogramm für die geplanten sechs Sitzungen (A. Vetter)	14
	Regeln für die Zusammenarbeit	16
	Beispiele für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an Planungs- und Entscheidungsprozessen in Heidelberg (J. Hahn)	17
	Bürgerbeteiligung als Treffpunkt von Zielen der Bürgerschaft, von Gemeinderat und Verwaltung (H. Klages).	20
	Pressemitteilung vom 21. Januar 2011	21
	Rhein-Neckar-Zeitung, 21. März 2011	23
	Metaplan-Poster der 1. Sitzung	24

¹ Das Protokoll wurde von Frau Unangst (Universität Stuttgart) angefertigt, von der Leitung des AK ausformuliert und anschließend den Teilnehmer/innen vorgelegt. In der vorliegenden Fassung sind eine Reihe von Änderungs- und Ergänzungswünschen berücksichtigt.

1. Allgemeines

1.1 Teilnehmer/innen

Bürgerschaft

Herr Albertus Bujard (Bürger für Heidelberg e.V.)
Herr Dr. Michael Hug (Evangelisches und katholisches Dekanat)
Herr Gerhard Schäfer (Sportkreis Heidelberg e.V.)
Herr Ernst Schwemmer (AG Heidelberger Stadtteilvereine)
Herr Dr. Steffen Sigmund (Bürgerstiftung Heidelberg)

Gemeinderat

Herr Martin Ehrbar (CDU)
Frau Gabriele Faust-Exarchos (SPD/GAL/HD P + E)
Herr Nils Weber (FDP/HDer/FWV)
Herr Dr. Arnulf Kurt Weiler-Lorentz (Grüne/gen hd/BL)

Verwaltung

Frau Nicole Huber (Leiterin des Referats des Oberbürgermeisters)
Herr Frank Zimmermann (Amt für Verkehrsmanagement)
Herr Joachim Hahn (Amt für Stadtentwicklung und Statistik)
Herr Roland Haag (Personal- und Organisationsamt)

Wissenschaftliche Begleitung und Moderation

Herr Prof. Dr. Helmut Klages (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer)
Frau Dr. Angelika Vetter (Universität Stuttgart)
Herr Frank Ulmer (Kommunikationsbüro Ulmer, Stuttgart)

1.2 Arbeitsprogramm

14.15 Uhr Come Together
14.30 Uhr Begrüßung durch den OB Dr. Eckart Würzner
14.45 Uhr Begrüßung durch Prof. Dr. em. Helmut Klages
15.00 Uhr Besprechung des Arbeitsprogramms, Klärung der Termine u. Zeiten
15.30 Uhr Vereinbarung von Regeln für die Zusammenarbeit
15.45 Uhr Vorstellungsrunde und Erwartungen an den AK
16.15 Uhr KURZE PAUSE; weitere Pausen zwischen den inhaltlichen Arbeitsschritten
16.30 Uhr 1.: Was sind die Stärken und Schwächen bisheriger Bürgerbeteiligung in Heidelberg?
17.30 Uhr 2.: Welche Ziele soll die Bürgerbeteiligung in Heidelberg verfolgen?
18.30 Uhr 3.: Welche Grundsätze sollen für die Gestaltung der Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg maßgeblich sein
19.30 Uhr Zusammenfassung des vorläufigen Arbeitsstands; Ausblick auf die nächste Sitzung
20.00 Uhr Ende der Veranstaltung

1.3 Begrüßung durch den OB Dr. Eckart Würzner

Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner begrüßt die Mitglieder des Arbeitskreises und die anwesende Öffentlichkeit recht herzlich. Er stellt heraus, dass viele Menschen ein großes Interesse daran haben, an Planungen und Entscheidungen im eigenen Lebensumfeld beteiligt zu werden. Diese Erfahrungen würden nicht nur in Heidelberg sondern auch in vielen anderen Städten und Gemeinden gemacht. Bürgerbeteiligung sei seit Jahren ein zentrales Anliegen der Heidelberger Kommunalpolitik und es gäbe auch eine ganze Reihe von Beispielen für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an verschiedenen Planungsprozessen. Im Rückblick müsste aber festgehalten werden, dass die Angebote nicht breit genug waren und die Verlässlichkeit der Beteiligung gefehlt habe. Eine lebendige Demokratie benötige jedoch eine aktive Bürgerschaft. Davon könnten sowohl die Verwaltung als auch die Kommunalpolitik nur profitieren.

Der Gemeinderat habe daher jetzt beschlossen, in einem Arbeitskreis Leitlinien für eine systematische Bürgerbeteiligung in Heidelberg gemeinsam von Bürgern, Gemeindevertreter/innen und Verwaltungsmitarbeiter/innen erarbeiten zu lassen. Aufgabe des Arbeitskreises sei es bis zum Herbst Regelungen zu entwickeln, die zukünftig Transparenz, Verlässlichkeit und Verbindlichkeit für die Bürgerbeteiligung sicherstellen sollen. Dabei sei wichtig, dass es nur gelingen kann die Leitlinien später mit Leben zu füllen, wenn alle drei Gruppen, die Bürgerschaft, die Politik und die Verwaltung von diesen Regelungen profitieren.

Abschließend dankte Herr Oberbürgermeister den Mitgliedern für ihre Bereitschaft diese schwierige Aufgabe zu übernehmen ebenso wie Herrn Prof. Klages, Frau Dr. Vetter und Herrn Ulmer für die wissenschaftliche Leitung und Moderation des Prozesses.

1.4 Begrüßung durch Prof. Dr. em. Helmut Klages

„Der Arbeitsauftrag des Arbeitskreises ist im Einsetzungsbeschluss des Gemeinderates der Stadt Heidelberg vom 10.02.2011 verhältnismäßig ausführlich dargelegt. Es soll darum gehen, einen Vorschlag für die Verbesserung und Verstärkung der Beteiligungsmöglichkeiten in Heidelberg zu erarbeiten, der geeignet ist, bei zukünftigen Planungen und Stadtentwicklungsprojekten als ein übergreifender Verfahrensrahmen zu dienen. Dieser Verfahrensrahmen soll Transparenz und Sicherheit für alle Beteiligten vermitteln; er soll, wie unmissverständlich ausgeführt wird, nicht nur den Bürgern neue und zuverlässig verfügbare Wege der Mitgestaltung eröffnen, sondern gleichzeitig auch für den Gemeinderat, dessen grundlegende Bedeutung innerhalb der repräsentativen Demokratie nicht angetastet werden soll, Vorteile mit sich bringen. Dieser soll, wie es heißt, dank der stärkeren Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungsprozesse eine breitere Diskussions- und Argumentationsbasis und bessere Abwägungsmöglichkeiten gewinnen und auf diesem Wege eine erhöhte Akzeptanz und Legitimation und damit letztlich eine Stärkung seiner Stellung im System der lokalen Demokratie erwarten dürfen. Aber auch die städtische Verwaltung soll von einer verbesserten und intensivierten Bürgerbeteiligung profitieren können. Sie soll in Verbindung mit einer erhöhten Transparenz der Bürgererwartungen eine erhöhte Planungssicherheit, sowie eine erhöhte Akzeptanz der Verwaltungsleistungen erwarten können. Sowohl der Rat wie auch die Verwaltung sollen gemeinsam durch einen von der Bürgerbeteiligung erwartbaren Zuwachs an Vertrauen in die kommunalen Entscheidungsträger und die Verwaltung gestärkt und in ihrer Funktionsausübung gefördert werden.

In schlagwortartiger Verkürzung lautet die Erwartung an die zu erarbeitenden Leitlinien, dass sie die Rahmenbedingungen für eine Win-Win-Win-Situation definieren sollen, d.h. für eine Situation, die sich nicht durch Gewinner und Verlierer, sondern ausschließlich durch Gewinner charakterisiert. ...

Angesichts der heterogenen Zusammensetzung des Arbeitskreises würden wir uns sicherlich hoffnungslos überfordern, wenn wir davon ausgehen würden, dass wir stets mit einer spontanen Übereinstimmung rechnen können. Wo immer sich die Chance zu einem solchen Zusammenklang ergibt, sollten wir sie natürlich nutzen. Wir sollten aber unter allen Umständen darauf vorbereitet sein, das was von uns erwartet wird, die Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg, auch im Wege der Offenlegung und Erörterung unterschiedlicher Ausgangsvorstellungen und der geduldigen und notfalls auch zähen Abgleichung und Austarierung der Meinungen zu erreichen und hierbei ggf. auch auf die Durchsetzung einzelner liebgewordener Ideen und Wunschvorstellungen zu verzichten, wenn sich dies im Interesse einer gemeinsam getragenen Lösung nahelegt. Man kann dies alles auch positiver ausdrücken, indem man feststellt,

dass wir dann, wenn es uns gelingt, auf kooperative Weise zu einem gemeinsamen Vorgehen zu gelangen, den Schlüssel zur Erreichung unseres Ziels schon in der Hand halten, denn das Konzept, dem wir auf der Spur sein sollen, wird mit großer Sicherheit sein entscheidendes Merkmal gerade darin haben, dass es sich als ein „kooperatives“ Konzept verstehen lässt, das einem intensiven und vertrauensvollen Zusammenwirken von Bürgern, Verwaltung und Gemeinderat den Weg bereitet.

Ich möchte im Zusammenhang hiermit auf etwas hinweisen, was Ihnen, wie ich annehme, bereits deutlich sein wird: Bürgerbeteiligung ist im Anschluss an „Stuttgart 21“ über Nacht zu einem der großen Themen der Nation geworden. Auf der Ebene des Bundes, verschiedener Länder und einer Reihe von Kommunen wird inzwischen erkannt, dass es höchste Zeit ist, dem massiven Beteiligungsbedürfnis der Bürger entgegenzukommen, weil sonst „Stuttgart 21“ bald überall sein wird.

Es kann in dieser Situation, wie ich meine, nicht in erster Linie darum gehen, den Protestbereitschaften der Bürger zusätzliche Möglichkeiten zu eröffnen, indem man z.B. die Quoren absenkt, von denen es abhängt, ob ein Bürgerentscheid stattfinden kann und Erfolg hat oder nicht. Ich bitte Sie, mich an diesem Punkt nicht falsch zu verstehen. Natürlich müssen Bürger über Möglichkeiten verfügen, im Notfall einem akuten Frust Ausdruck zu verleihen und bestimmte Dinge, die ihnen wichtig erscheinen, „mit der Brechstange“ durchzusetzen. Wichtiger und vordringlicher ist es aber, wie ich meine, mit einem geeigneten Konzept für Bürgerbeteiligung die *Ursache* für den Frust der Bürger zu beseitigen, die darin besteht, dass sie allzu oft das Gefühl haben, auch bei Entscheidungen, die ihr eigenes Lebensumfeld betreffen, ohne eine Mitwirkungschance beiseite stehen zu müssen und sich nur durch Protest „Gehör“ verschaffen zu können!“

1.5 Termine der weiteren AK-Sitzungen

Mittels Punkteabfrage wurden die folgenden fünf AK-Sitzungstermine vereinbart:

- Freitag, 08. April 2011, Neuer Sitzungssaal, Rathaus, EG
- Freitag, 06. Mai 2011, Neuer Sitzungssaal, Rathaus, EG
- Freitag, 27. Mai 2011, Großer Sitzungssaal, Rathaus, 1. OG
- Freitag, 08. Juli 2011, Neuer Sitzungssaal, Rathaus, EG
- Freitag, 16. September 2011, Neuer Sitzungssaal, Rathaus, EG

Die beiden AK-Mitglieder, die am 8. April nicht anwesend sein können, melden bitte bis Freitag 1. April ihre/n Vertreter/in an Frau Angelika Hartmann (angelika.hartmann@heidelberg.de)

1.6 Öffentlichkeit, Pressearbeit, Homepage

Der Anregung von Herrn Dr. Weiler-Lorentz, die anwesenden Bürger/innen in der Sitzung auch zu Wort kommen zu lassen, wurde nach kurzer Diskussion zugestimmt. Ab der nächsten Sitzung können die anwesenden Bürgerinnen und Bürger jeweils ½ Stunde vor Beginn der Sitzungen (von 14.00-14.30 Uhr) Anregungen einbringen oder Fragen an den Arbeitskreis richten. Die folgenden Sitzungen beginnen damit nicht um 14.30 Uhr sondern bereits um 14.00 Uhr.

Arbeitsunterlagen, die den AK-Mitgliedern vorliegen, werden für interessierte Bürger/innen ausgelegt.

Pressemitteilungen: Nach jeder Sitzung wird es eine neutrale Pressemitteilung geben, die vor Veröffentlichung von Herrn Prof. Dr. Klages gelesen und freigegeben wird. Die Ergebniszusammenfassung wird am Sonntag über den Presseverteiler verschickt. Nach Verabschiedung des ersten und zweiten Ergebnispiers soll es bei Bedarf auch ein Pressegespräch geben.

Die Stadtverwaltung hat eine Homepage zur Veröffentlichung der Arbeit des AK erstellt:

Internetseite: <http://www.heidelberg.de/servlet/PB/menu/1211760/index.html>

Hier können interessierte Bürger/innen Anregungen und Fragen an die Leitung des AK schicken, die dann an die Mitglieder weitergegeben wird.

Die Mitglieder des AK werden gebeten, zur „Personalisierung“ der Homepage ihr Einverständnis für die Veröffentlichung ihrer Bilder zu geben und die Bilder (falls Sie nicht bereits auf der Homepage der Stadt veröffentlicht sind) per e-mail an die Stadtverwaltung (angelika.hartmann@heidelberg.de) zu schicken.

Protokolle: Das Protokoll wird so bald als möglich nach der Sitzung an alle AK-Mitglieder verschickt. Wer sich innerhalb von 48 Stunden nicht gegenteilig äußert, gibt damit seine Zustimmung zum Protokoll. Liegen alle Zustimmungen vor, wird das Protokoll auf der Homepage veröffentlicht.

1.7 Regeln für die Zusammenarbeit

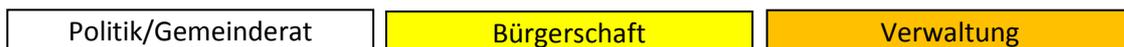
Die Regeln für die Zusammenarbeit im AK (vgl. Anhang) und den Umgang miteinander und mit der Öffentlichkeit wurden von Prof. Klages vorgestellt und vom AK angenommen.

2. Stärken und Schwächen bisheriger Bürgerbeteiligung in Heidelberg

Ziel dieses Arbeitsschrittes ist es, sich bisherige Beispiele und die Vielfalt von Bürgerbeteiligung (BüBe) in Heidelberg (HD) nochmals vor Augen zu führen, um darauf aufbauend grundsätzliche Überlegungen zu BüBe in HD anstellen zu können.

Ablauf: Herr Hahn (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) gibt einen kurzen exemplarischen Überblick darüber, in welchen Bereichen und wie bislang in Heidelberg BüBe stattfand (gesetzlich vorgeschriebene, institutionelle und nicht-institutionelle Formen von BüBe). Herr Dr. Weiler-Lorentz ergänzt diese Hinweise um Beispiele, in denen BüBe von außerhalb der Stadtverwaltung initiiert wurde.

Anschließend notieren die AK-Teilnehmer/innen Stichworte auf Kärtchen, die eingesammelt und auf einer Stellwand gesammelt werden. Dabei werden für die drei beteiligten Akteursgruppen unterschiedliche Farben verwendet, um mögliche strukturbedingte Unterschiede in der Wahrnehmung (und später in den Zielwünschen und Anforderungen von BüBe) zu entdecken:



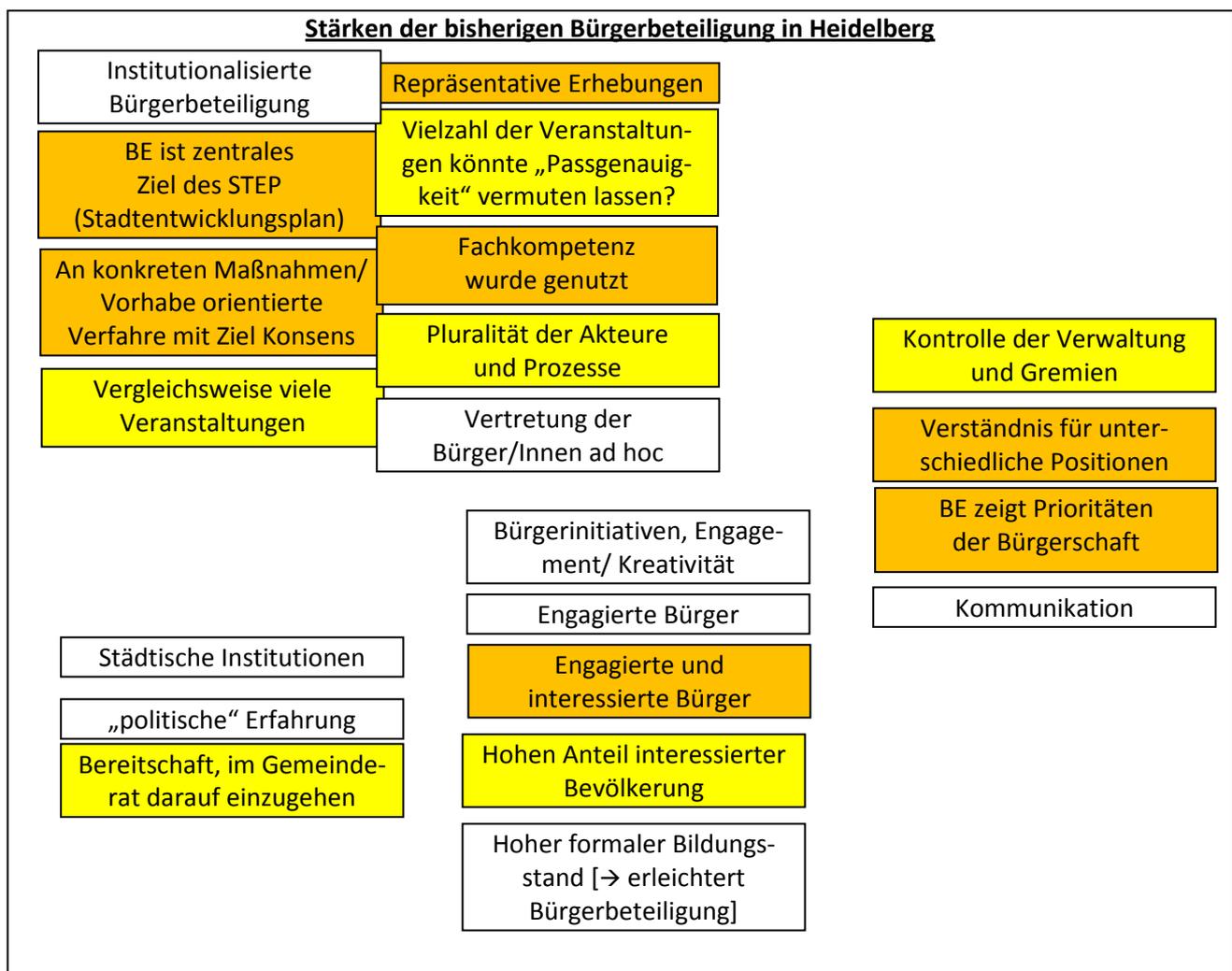
2.1. Zusammenfassung der Stärken bisheriger Bürgerbeteiligung in Heidelberg

BüBe ist bereits ein prominentes Thema in HD. Dies zeigt sich an den vielen Stichworten, die zu den verschiedenen Verfahren und beteiligten Akteuren geschrieben wurden. Dies impliziert einen hohen Erfahrungsschatz aller Beteiligten, der sich auf unterschiedlichen Verfahren bezieht.

Alle drei Akteursgruppen sehen eine weitere große Stärke in der engagierten und interessierten Bürgerschaft HDs.

Daneben werden aber auch die städtischen Institutionen und der Gemeinderat positiv im Rahmen der BüBe genannt, nicht von sich selbst sondern jeweils aus einer anderen Akteurssicht heraus.

Darüber hinaus sehen alle Akteursgruppen weitere positive Aspekte, wenngleich die Akzente unterschiedlich liegen: Aus „der Bürgerschaft“ wird ergänzend eine verstärkte Kontrolle von Verwaltung und Politik als Stärke genannt. „Die Verwaltung“ merkt als Stärke mehr Wissen über die Prioritäten der Bürger und mehr Verständnis für unterschiedliche Positionen an. Und von Seiten „des Gemeinderats“ wird die Kommunikation untereinander als Stärke beurteilt.



2.2 Zusammenfassung der Schwächen bisheriger Bürgerbeteiligung in HD:

In der Summe überwiegen die genannten Schwächen die genannten Stärken. Und die Kritik kommt aus allen Akteursgruppen nahezu gleichermaßen. Kritik wird an verschiedenen Verfahrensbestandteilen geübt, die sich z.T. auf spezielle Projekte beziehen, so die Langatmigkeit der Stadtteilrahmenpläne oder die Auswahl der Beteiligten bei den Werkstattgesprächen zu „Stadt am Fluss“ oder der Einsatz von BüBe als Mittel zum Zweck (Werbeveranstaltung).

Die meisten Kritikpunkte sind jedoch umfassender:

- Es fehlen klare Zielvorstellungen und Leitlinien für BüBe (Schaubild, Block oben Mitte)
- Kritik an der Transparenz (Erklärung), Kommunikation und Verlässlichkeit der Verfahren
- Kritik an der Umsetzung der Ergebnisse bzw. deren Weiterverfolgung (Schaubild, Block rechts unten)
- Kritik am selektiven Einsatz von BüBe: Immer dann, „wenn es schon brennt“ (Schaubild, Block links oben)
- Kritik an der Einbindung des Gemeinderats in BüBe, aber auch an dessen Verhalten (Schaubild, Block rechts oben)
- Kritik an einer unzureichenden Organisation der Bürgerschaft im Rahmen von BÜBE (Schaubild, Block rechts oben)
- Kritik an der Umsetzung der BüBeErgebnisse; Projekte wurden nicht konsequent zu Ende geführt (Schaubild, Block rechts unten)
- Kritik an der Beteiligung der Medien bei BüBe

Weitere Kritikpunkte betreffen grundsätzliche Schwierigkeiten und möglicherweise überhöhte Erwartungen an die Leistungsfähigkeit von BüBeE insgesamt:

- Verfahren nicht geeignet, um Spaltung der Bürger zu vermeiden
- Schwierigkeit, Einzel- und Gemeinwohlinteressen unter einen Hut zu bringen
- Aufwändigkeit von BüBe-Verfahren
- Überproportionale Repräsentation von Einzelinteressen in BüBe-Verfahren (Kritik an Bürgerinitiativen)
- BüBe muss vor dem Hintergrund auch langfristig/unbekannter Realisierungshorizonte eingesetzt werden können.
- Bislang relativ geringe Beteiligung bzw. nicht absehbare Bereitschaft der Bürger zu langfristigem Engagement.

3. Ziele von Bürgerbeteiligung in Heidelberg

Ziel dieses Arbeitsschrittes war/ist es, grundsätzliche Zielvorstellungen und Anforderungen an BÜBE für die Stadt Heidelberg zu formulieren, auf deren Basis dann in den nächsten Arbeitsschritten konkretere Gestaltungsanforderungen und Detailfragen abgeleitet werden.

Vorgehen: Alle Teilnehmer notiert für sich allein Ziel, die aus ihrer Sicht mit BÜBE in Heidelberg erreicht werden sollten. Anschließend werden die Stichwortkarten von jeder Gruppe selbst auf der Stellwand sortiert und gegebenenfalls ergänzt. Die grundsätzlichen Ziele sollen oben, die Detailziele darunter notiert werden.

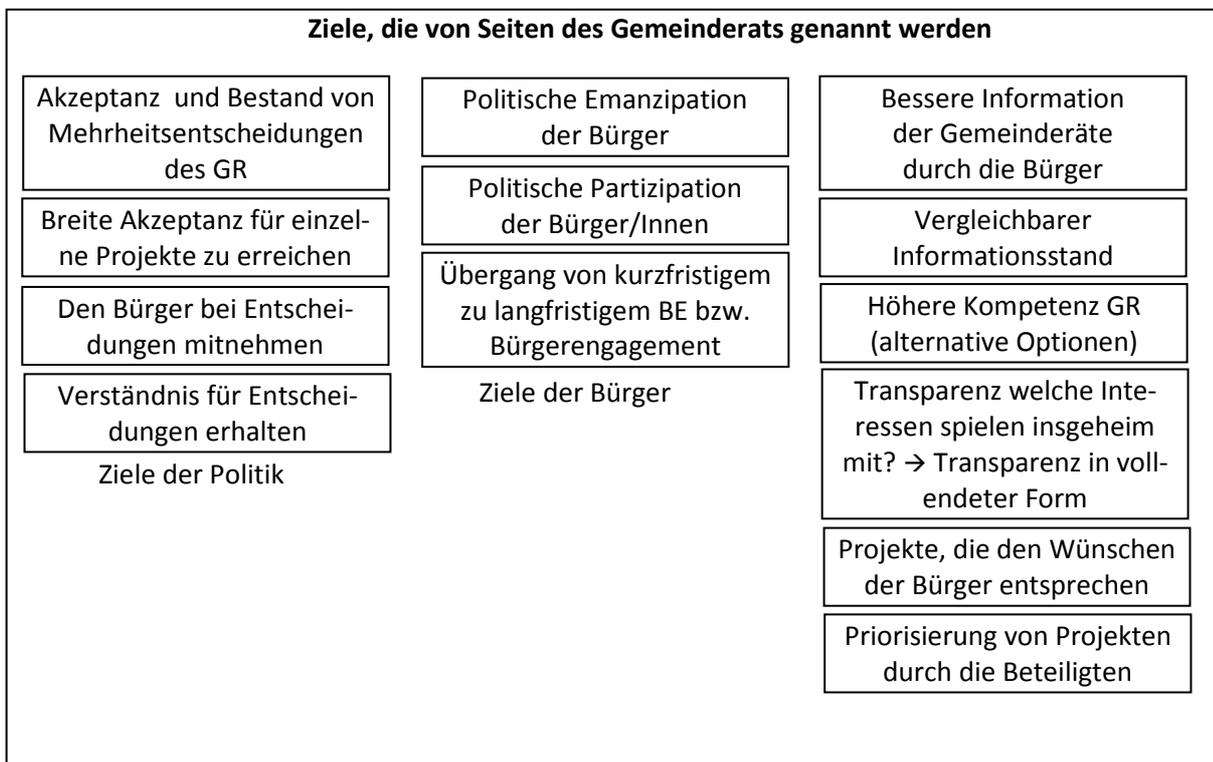
3.1 Zusammenfassung der Ziele, die von Seiten des Gemeinderats genannt werden:

Die Vertreter/innen des Gemeinderats sehen, dass alle Akteursgruppen Ziele (Positives) mit BÜBE verbinden, die jedoch nicht immer identisch sein müssen:

Sie sehen bei den Bürgern selbst einen konkreten Wunsch nach Bürgerbeteiligung, der sich auch langfristig niederschlagen soll.

Die politischen Vertreter wollen darüber hinaus das Verständnis für ihre eigenen Entscheidungen erhöhen, und dadurch eine stärkere Akzeptanz für ihre Entscheidungen in der Bürgerschaft erreichen.

Sie erkennen in mehr BÜBE aber auch eine Verbesserung der Grundlage für ihr eigenes Handeln, weil auf diese Weise Transparenz geschaffen werden kann, es mehr Informationen über die Wünsche der Bürger gibt und Projekte durch die Beteiligten selbst priorisiert werden können.

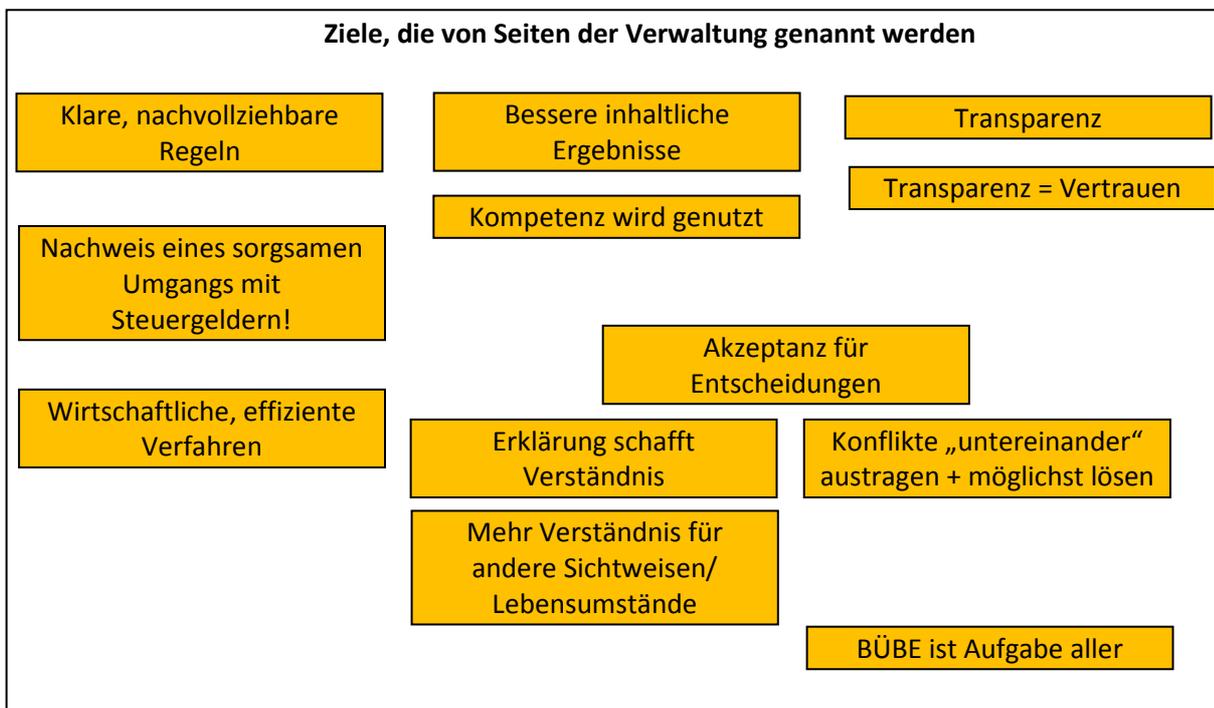


3.2 Zusammenfassung der Ziele, die von Seiten der Verwaltung genannt werden:

Die Verwaltung sieht wesentlich Ziele in der Erreichung von mehr Regelmäßigkeit und Nachvollziehbarkeit bei zukünftiger BüBe. Beides sind wesentlich Aspekte, um Vertrauen in die Akteure, Verständnis für Abläufe/andere Sichtweisen/Entscheidungen und damit auch die Akzeptanz der Entscheidungen zu schaffen, aber auch, um bessere inhaltliche Ergebnisse zu erzielen, dadurch dass die Erfahrungen und das Wissen der Bürger in die Planungsprozesse mit einfließt.

Daneben wird von Seiten der Verwaltung aber auch darauf verwiesen, dass bei BüBe Wirtschaftlichkeitskriterien beachtet werden sollten.

Neben diesen Zielen sieht die Verwaltung BüBe als Aufgabe aller Beteiligten an, die u.a. auch darin bestehen kann, dass Bürger bzw. Interessengruppen Konflikte untereinander ausgetragen, statt dass sie mit der Verwaltung oder der Politik eine inhaltliche Auseinandersetzung darüber anstreben oder über die Medien miteinander kommunizieren.



3.3 Zusammenfassung und Diskussion der Ziele, die von Seiten der Bürgerschaft genannt werden

Oberstes Ziel ist aus Sicht der Bürgerschaft die Entwicklung einer neuen Kultur des Zusammenlebens in der Stadt Heidelberg, die Schaffung einer Beteiligungs- und Verständigungskultur. Die Bürger sollen lernen, dass Stadtentwicklung auch „ihre“ Aufgabe ist – Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an der Gestaltung des Gemeinwohls.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden zahlreiche Gestaltungsaspekte genannt bzw. Fragen aufgeworfen, die hierfür beantwortet werden müssen:

- Begriff der ‚Bürgerbeteiligung‘: Was soll als Bürgerbeteiligung in HD verstanden werden? Unterscheidung Bürgerbeteiligung (BüBe) und Bürgerentscheid(BE): Dies sind zwei verschiedene Dinge.
- ‚Mindestmaß an Verbindlichkeit der Bürgerbeteiligung‘: Es muss geklärt werden, welcher Verbindlichkeitsstatus für BüBe in HD definiert werden kann. Verbindlichkeit ist ein zentraler Begriff, der konkretisiert werden muss. Dabei sollte man drei Aspekte berücksichtigen:
 - o Die Verbindlichkeit des BüBe-Prozesses für anschließende Entscheidungen des GR (z.B. Garantie von Gehör bzw. Rechenschaftspflicht des GR; Rückkoppelungsverfahren). Die Bürger müssen verstehen, was ihr Tun bewirkt und wo die Grenzen sind, ansonsten werden unrealistische Erwartungen geweckt.
 - o Die Verbindlichkeit der Bürgeräußerungen, z.B. hinsichtlich ihrer Repräsentativität und ihrer Längerfristigkeit (Bsp.: Es ist ein Unterschied, ob einer oder tausend Bürger etwas Bestimmtes wollen. Es gibt also Niveauunterschiede von Legitimität. Wie gehen wir damit um?)
 - o Die Verbindlichkeit der Verfahren (Institutionalisierung; Wer? Wozu? Wann? Wie?)
- BüBe schafft die Möglichkeit, den Sachverstand der Bürger in die Projekt einzubringen. Dies sollte durch die Verfahren sichergestellt werden.
- Resonanz statt Akzeptanz: Statt zu versuchen, Akzeptanz zu erzeugen, sollte man versuchen, Resonanz bei den Bürger/innen zu erzeugen. Diese Resonanz kann positiv wie negativ sein. Aber wenn sie frühzeitig kommt, können Konflikte trotzdem eingeschränkt/vermieden werden.
- Wie kann man eine frühzeitige BÜBE sicherstellen? Frühzeitigkeit birgt zwei Probleme: 1.) fehlendes/geringes Wissen zu Beginn (was kostet es, was bringt es?), 2.) je größer die Projekte, desto länger die Umsetzungshorizonte.
- Bei welchen Themen wollen die Bürger mitreden? Wie kann man feststellen, bei welchen Themen sich die Bürger beteiligen wollen, da dies sicherlich nicht bei allen Themen der Fall ist? Prioritätenlisten? Außerdem: Beteiligung nicht nur bei einzelnen Projekten: die Bürger interessieren sich nicht nur für das, was sie selbst direkt betrifft. Sie wollen die Stadtentwicklung insgesamt mitbestimmen. Außerdem sollten akute Themen ohne lange Vorplanung als BüBe -Prozess umgestaltet werden können. Und: Wie können Bürger von sich aus aktiv werden und BüBe einfordern?
- Gültigkeit der BüBe-Ergebnisse und der anschließenden politischen Beschlüsse: Verwaltung braucht Planungssicherheit: die grundsätzliche Richtung von Entscheidungen kann nicht jedes Jahr neu diskutiert werden (auch Verpflichtung an die Politik notwendig, BÜBE nicht zu instrumentalisieren, um andere Mehrheiten zu bekommen).
- Welche Bürger sind bei welchen Projekten zu beteiligen und wer entscheidet darüber? Problem: Betroffeneninteressen (z.B. in einem Stadtteil) oder aber die gesamte Stadt? Wer entscheidet hier auf Grund welcher Kriterien?
- Wie geht man mit nicht interessierten Bürgern um?/Schaffung von Öffentlichkeit?: Es gibt nicht *den* Bürger, sondern nur differenzierte Meinungen. Wir müssen uns auch Gedanken machen über die, die sich nicht äußern können und wollen. Generell: Wie kann eine breite Öffentlichkeit hergestellt werden?
- Bezirksbeiräte: Auch deren Rolle sollte in den BüBe-Leitlinien berücksichtigt werden.



3.4 Konsens oder Dissens hinsichtlich der genannten Ziele?

Herr Klages stellt die Frage, ob AK-Teilnehmer/innen insbesondere auch bei den Nennungen der jeweils anderen Gruppen Widersprüche zu ihren eigenen Zielen, oder zu den Zielen ihrer Gruppe erkennen können. Es kommt zu einem kritischen Einwand von Herrn Weber, der einen „Negativ-Smiley“ bei der Karte „Mindestmaß an Verbindlichkeit der Ergebnisse der Beteiligung“ anbringt (vgl. dazu den Mataplan-Poster „Ziele Bürgerschaft“ im Anhang). Ein Widerspruch signalisierendes Blitz-Symbol bei der Karte „Quantitative Verbesserung der Bürgerbeteiligung“ (vgl. ebenfalls den Mataplan-Poster „Ziele Bürgerschaft“), das nicht erläutert wird, kann im Nachhinein nicht mehr zugeordnet werden. Ansonsten werden keine Einwendungen geltend gemacht.

Die Frage der Verbindlichkeit der Ergebnisse der Beteiligung gibt Anlass zur Diskussion und führt zunächst zur Aufzeigung verschiedener Bedeutungen des „Verbindlichkeits“-Begriffs (vgl. oben). Es wird in der Erörterung aber auch deutlich, dass auf keinen Fall eine Einschränkung der Entscheidungsbefugnisse des Gemeinderats gemeint sein kann (vgl. dazu auch die Begründung des Einsetzungsbeschlusses des Gemeinderats vom 10.02.2011 und die vorstehende Begrüßungsansprache von Prof. Klages). Herr Weber zeigt sich mit dieser Klarstellung zufrieden. Die Klarstellung findet auch die Zustimmung der übrigen Mitglieder des Arbeitskreises.

Insgesamt gesehen wird im Anschluss an die grundsätzliche Frage von Herrn Klages ungeachtet der Vielzahl und teilweisen Unterschiedlichkeit der Ziele, die von den Bürgern, Stadträten und Verwaltungsangehörigen geäußert wurden, **kein Ziel dissenso der -konflikt** erkennbar. Es ist insofern die Annahme erlaubt, dass innerhalb des Arbeitskreises über die beteiligten Gruppen hinweg zumindest in soweit eine grundlegende Übereinstimmung hinsichtlich der Ziele der BüBe gegeben ist, als auch dort wo Unterschiede bestehen, von einer Vereinbarkeit bzw. von einem gegenseitigen Ergänzungsverhältnis der Ziele ausgegangen werden kann.

4. Ausblick auf die nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Freitag, den 8. April 2011 statt. Sie beginnt von 14.00 – 14.30 Uhr mit einer Bürgerstunde.

Das Leitungsteam hat die Hausaufgabe, die Zielvorstellungen der drei Akteursgruppen – die bereits viele Gestaltungsmerkmale enthalten – zu strukturieren und zu einem gemeinsamen Vorschlag von Zielen und Gestaltungsmerkmalen zusammenzufassen, damit die Diskussion darüber in der nächsten Sitzung gemeinsam abgeschlossen werden kann. Anschließend sollen bisherige Beispiele von Bürgerbeteiligungskonzepten diskutiert werden, um Überschneidungen mit den eigenen Ziel- und Gestaltungsvorstellungen zu bekommen.

Folgende AK-Mitglieder stellen jeweils ein Beteiligungskonzept kurz vor (etwa 5 Minuten):

- Modell Filderstadt: Herr Weber
- Modell Weyarn: Herr Hahn
- Modell „Bürger für Heidelberg“: Herr Bujard, Co-Referat von Herrn Schwemmer
- Modell Leipzig: Herr Klages, Co-Referat von Herrn Hug

Anhang

Arbeitsprogramm für die geplanten 6 Sitzungen (A. Vetter)



Arbeitsprogramm

Zielsetzung: Entwicklung Leitlinienpapier für Bürgerbeteiligung in Heidelberg

Zielhorizont: September 2011

Inhaltliche Strukturierung: 2 Blöcke mit je 3 Sitzungen

-> 1. Ergebnispapier: **Ziele, Grundsätzliche Gestaltungsmerkmale**

-> 2. Ergebnispapier: **Leitlinien**

Heidelberg, März 2011 - 1 - AK Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Heidelberg



Arbeitsprogramm

1. bis 3. Sitzung

- Stärken- und Schwächenanalyse
- Bestimmung der Zielvorstellungen und Gestaltungsgrundsätze
- Diskussion bestehender Beteiligungskonzepte

➔ **Ergebnis 1: Zwischenpapier zu Zielen und grundsätzlichen Gestaltungsmerkmalen**

4. und 5. Sitzung

- Diskussion und Klärung der Detailfragen

➔ **Ergebnis 2: Abschlusspapier „Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Heidelberg“**

Heidelberg, März 2011 - 2 - AK Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Heidelberg

Arbeitsprogramm

6. Treffen im September 2011:

- Verabschiedung des Leitlinienpapiers im Arbeitskreis
- Übergabe des Leitlinienpapiers an den Gemeinderat, den Oberbürgermeister und die Öffentlichkeit
- Erörterung weiterer Aufgaben des Arbeitskreises

Heidelberg, März 2011

- 1 -

AK Leitlinien für Bürgerbeteiligung
in Heidelberg

Arbeitsprogramm

Leitlinien- entwicklung



Bisherige Projekte mit
Bürgerbeteiligung in
Heidelberg



Leitlinienpapier für
Bürgerbeteiligung
in Heidelberg

Heidelberg, März 2011

- 2 -

AK Leitlinien für Bürgerbeteiligung
in Heidelberg

Regeln für die Zusammenarbeit

Gegenseitige Achtung, Höflichkeit und Freundlichkeit im Umgang sind Pflicht!

Ebenso Offenheit und Akzeptanz den anderen gegenüber – auch wenn sie andere Meinungen haben!

Unsere Kommunikationsform sollte das lebendige Gespräch sein!

Killerphrasen gehören in den Giftschrank!

Wir sollten einander ausreden lassen!

Alle Teilnehmer sollten aber auch ausreichend zu Wort kommen können!

„Monologe“ sind deshalb unerwünscht!

Ebenso die Verlesung vorbereiteter Statements!

Wir wollen „ergebnisorientiert“ tätig sein, d.h. gemeinsam arbeiten!

Wir wollen zu diesem Zweck bewährte Arbeitsverfahren wie METAPLAN nutzen, wo immer dies sinnvoll erscheint!

Wir wollen nicht abstimmen, uns aber die Möglichkeit von „Meinungsbildern“ offenhalten!

Wir streben Konsens an, wollen ihn aber nicht erzwingen. Wo er nicht erzielbar ist, soll die Möglichkeit von Minderheitsvoten eingeräumt werden. Diese sollen dokumentiert werden!

Wir wollen miteinander reden, nicht für die - oder mit der – anwesende(n) oder abwesende(n) Öffentlichkeit! Die AK-Mitglieder sollten für die Kommunikation mit der anwesenden oder abwesenden Öffentlichkeit grundsätzlich das persönliche Gespräch oder die außerhalb der Sitzungen verfügbaren sonstigen Möglichkeiten nutzen.

Wir wollen miteinander im direkten Dialog stehen, nicht im indirekten Dialog über die Medien!

Die Information der Öffentlichkeit, der Stadtverwaltung, oder des Gemeinderats über (Zwischen-) Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit sollte im Arbeitskreis abgestimmt werden!

Alle Teilnehmer/innen sollten sich dafür bereit halten, im Rahmen ihrer zeitlichen Möglichkeiten zwischen den Sitzungen Aufgaben im gemeinsamen Interesse zu übernehmen!

Die Grundlage für die Mitgliedschaft im Arbeitskreis ist die vom Gemeinderat vorgenommene Wahl oder Nominierungsbestätigung, oder die Entsendung durch den OB. Eine Vertretung im Verhinderungsfall sollte nur im Ausnahmefall stattfinden. Jede(r) Teilnehmer(in) sollte dementsprechend um die Wahrnehmung möglichst aller Sitzungstermine bemüht sein. Alle Teilnehmer werden gebeten, für die Vertretung in einem dennoch eintretenden Verhinderungsfall vorsorglich eine bestimmte Person zu benennen.

Beispiele für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an Planungs- und Entscheidungsprozessen in Heidelberg (J. Hahn)

Beispiele für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an Planungs- und Entscheidungsprozessen in Heidelberg

1. Sitzung des Arbeitskreises
"Leitlinien für systematische Bürgerbeteiligung"
am 18. März 2011



 Stadt Heidelberg | Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Heidelberg, März 2011

Formen der Bürgerbeteiligung



- ◆ gesetzlich fixiert
- ◆ institutionell
- ◆ informell

➤ **gewählte Beispiele, keine abschließende umfassende Auflistung**

 Stadt Heidelberg | Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Heidelberg, März 2011

P:\Amt12\Projekte\Bürgerbeteiligung Versteigerung\Vorträge\LeitlinienSystemBE_AK_18März2011.ppt

Beispiele für gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung



- ◆ Baugesetzbuch
 - ◆ frühzeitige Bürgerbeteiligung
 - ◆ Offenlegung
 - ◆ Anhörung Träger Öffentlicher Belange
- ◆ nichtgemeinderätliche Mitglieder im Jugendhilfe- sowie im Sozialausschuss


 Stadt Heidelberg | Amt für Stadtentwicklung und Statistik
 Heidelberg, März 2011

Institutionelle Formen der Bürgerbeteiligung



- ◆ Bezirksbeiräte
- ◆ Jugendgemeinderat
- ◆ Ausländer- und Migrationsrat
- ◆ Beirat für Menschen mit Behinderung
- ◆ Fahrgastbeirat
- ◆ Beirat zur Gesamtanlagenschutzsatzung
- ➔ Reihe an zusätzlichen Gremien und Räten, die teilweise durch Urwahl bestimmt werden


 Stadt Heidelberg | Amt für Stadtentwicklung und Statistik
 Heidelberg, März 2011

P:\Amt12\Projekte\Bürgerbeteiligung Versteigerung\Vorträge\LeitlinienSystemBE_AK_18März2011.ppt

Informelle Formen der Bürgerbeteiligung



- ◆ Heidelberg Studien - regelmäßige Bürgerumfragen
- ◆ Bürgerumfragen zu besonderen Schwerpunktthemen etwa Migranten, Demografischer Wandel, Wohnen oder Verkehr, Lebenssituation von Jugendlichen (Vollerhebung 1997)
- ◆ Verkehrsforum 1991 bis 1993
- ◆ Stadtteilorientierte Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und betroffenen Erwachsenen im Rahmen der Jugendhilfeplanung
- ◆ Umfassende Bürgerbeteiligung zum Stadtentwicklungsplan 1996/1997 und 2005/2006 → Internetplattform Perspektive Heidelberg
- ◆ Workshops zu den Stadtteilrahmenplänen
- ◆ Heidelberger Planungsworkshop „Wieblingen Schollengewann“
- ◆ Innenstadtforum Einzelhandel
- ◆ Werkstattgespräche "Stadt an den Fluss"

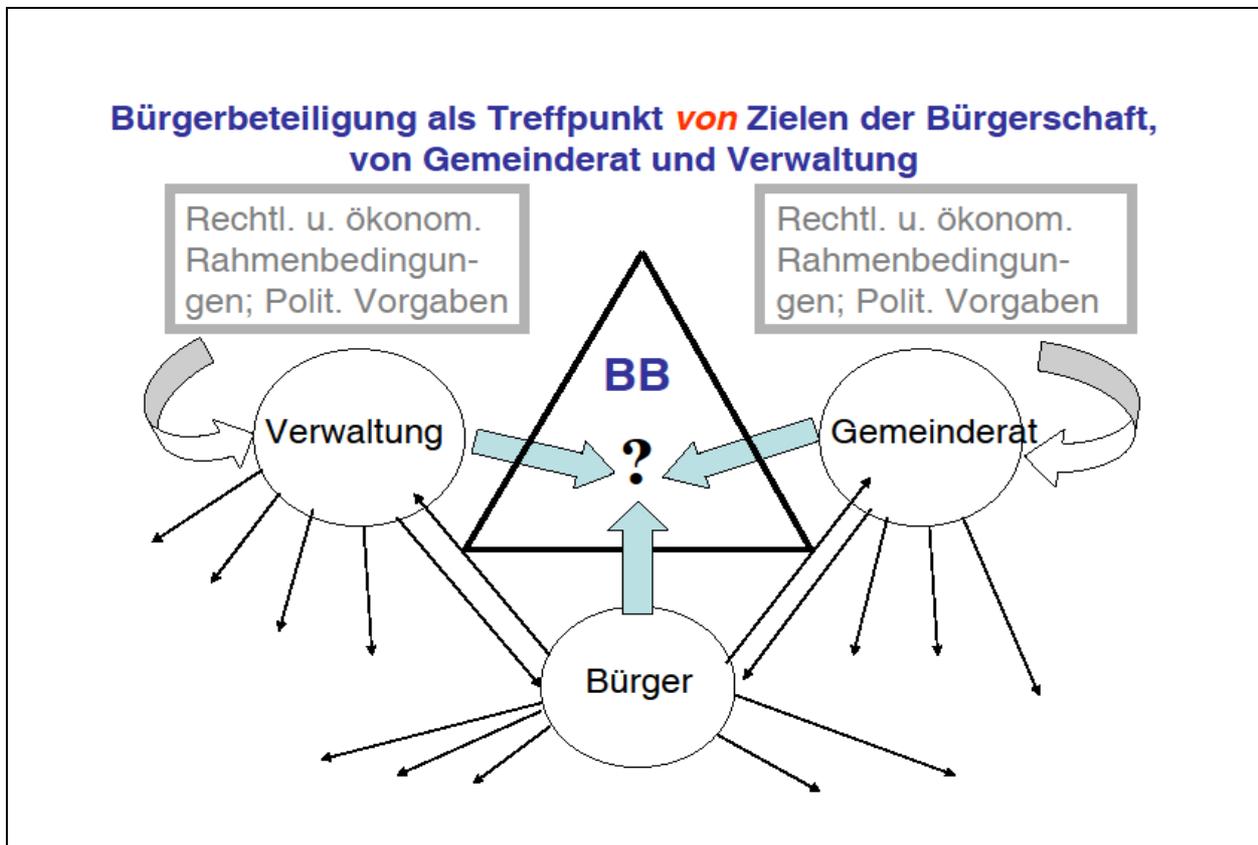
Informelle Formen der Bürgerbeteiligung



- ◆ Runder Tisch zur Verkehrserschließung Rohrbach-Süd
- ◆ Runder Tisch Bürgerhaus Neuenheim
- ◆ Runder Tisch Tiefburgplatz
- ◆ Workshop zu Ansiedlung eines Einzelhandelsbetriebes im Emmertsgrund
- ◆ Werkstattgespräche zur Bahnstadt - Wohnen und Soziale Infrastruktur
- ◆ Arbeitsgruppen für Erarbeitung eines Integrationsplans
- ◆ Runde Tische im Umweltbereich (Naturschutz, Netzwerk Energieberatung, Heidelbergkreis Klimaschutz und Energie, Bildung für nachhaltige Entwicklung)
- ◆ AG „Rad“
- ◆ Runde Tische zum Sanierungsgebiet Rohrbach - Konzept und Verkehr

Zahlreiche Beispiele für Bürgerbeteiligung in den letzten beiden Jahrzehnten

Bürgerbeteiligung als Treffpunkt von Zielen der Bürgerschaft, von Gemeinderat und Verwaltung (H. Klages)





STADT
HEIDELBERG

informiert

Heidelberg, 21. Januar 2011

„Den Bürgern Gehör verschaffen“

Arbeitskreis entwickelt „Heidelberger Weg“ der Bürgerbeteiligung – Bürger können Fragen und Anregungen direkt einbringen

Wie kann Bürgerbeteiligung in Heidelberg in Zukunft konkret gestaltet werden? Diese Frage zu beantworten ist Aufgabe des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung, der am 18. März 2011 zu seiner ersten Sitzung zusammenkam. Die 13 Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderats, der Bürgerschaft sowie der Verwaltung wollen in insgesamt sechs Sitzungen bis zum Sommer Leitlinien für eine transparente, verlässliche und stetige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erarbeiten – den „Heidelberger Weg“ der Bürgerbeteiligung.

„Eine wirklich gut funktionierende Bürgerbeteiligung zeichnet sich dadurch aus, dass am Ende eine win-win-win-Situation entsteht“, fasste Prof. Helmut Klages, der den Arbeitskreis zusammen mit Frau Dr. Angelika Vetter und dem Moderator Frank Ulmer wissenschaftlich begleitet, das Ziel prägnant zusammen. Es gehe nicht darum, dass Politik, Verwaltung und Bürger gegeneinander arbeiten, sondern voneinander profitieren.

Dies unterstrich auch Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner bei seinen Begrüßungsworten: „Wir als Verwaltung sind ein Partner am Tisch. Ein Partner, der großes Interesse daran hat, für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt gute Arbeit zu leisten. Deshalb freuen wir uns auf den Austausch und hoffen, dass wir gemeinsam für mehr Transparenz, Akzeptanz und Einbindung der Bürgerschaft sorgen können.“ Diese Hoffnung wurde bei der Sitzung des Arbeitskreises nicht enttäuscht: die anschließenden Diskussionen wurden durchweg sachlich, konstruktiv und engagiert geführt.

Stärken und Schwächen der Bürgerbeteiligung

Beim Thema Bürgerbeteiligung betritt Heidelberg kein Neuland, sondern kann auf vielfältige Erfahrungen – positive wie negative – zurückgreifen. Als Stärken der Bürgerbeteiligung in Heidelberg identifizierte der Arbeitskreis:

- Eine engagierte und aktive Bürgerschaft, die sich beteiligen möchte
- Interesse und Bereitschaft bei Politik und Verwaltung, die Bürger aktiver zu beteiligen.
- Ein breites Erfahrungsspektrum mit unterschiedlichen Verfahren der Bürgerbeteiligung – von Gremien wie den Bezirksbeiräten oder dem Jugendgemeinderat über Runde Tischen, Befragungen und Werkstattgespräche bis hin zu Bürgerinitiativen.

Dem Gegenüber gibt es auch Schwächen, die man gezielt angehen möchte:

- Bürgerbeteiligung wird nicht immer konsequent zu Ende geführt, es mangelt an einer verlässlichen Rückkoppelung, umfassende Information und der zentralen Umsetzung der Ergebnisse.
- Bürgerbeteiligung wird oft als Feuerwehr eingesetzt, also wenn ein Projekt bereits deutlich in der Kritik steht. Sie ist zu wenig systematisch.
- Die Auswahl der Bürger, die sich beteiligen, ist oft nicht repräsentativ, insbesondere die Interessen der „schweigenden Masse“ finden wenig Niederschlag.

Presse- und Informationsdienst der Stadt Heidelberg.
herausgegeben vom Amt für Öffentlichkeitsarbeit, Rathaus, Marktplatz 10,
69117 Heidelberg, Telefon 06221/58-12000/ -12010 Telefax 06221/58-12900
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@heidelberg.de, Internet: www.heidelberg.de



informiert

Ziele für Bürgerbeteiligung

In einer sehr angeregten Diskussion wurden diese Punkte vertieft und u.a. die folgenden Ziele für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung formuliert:

- 1. Repräsentativität sicherstellen:**
Bürgerbeteiligung bewegt sich häufig im Spannungsfeld lautstark vertretener Partikularinteressen und dem Engagement für das Gemeinwohl. Deshalb muss Bürgerbeteiligung zum Ziel haben, klare Standards in punkto Repräsentativität einzuhalten.
- 2. Sinnvolle und ergebnisorientierte Beteiligung:**
Bürgerbeteiligung muss inhaltlich Sinn machen und zu sichtbaren Ergebnissen kommen. Nicht bei allen Themen wollen Bürger beteiligt werden und nicht bei allen Vorhaben macht es Sinn. Daher ist es wichtig, klare Kriterien für die Auswahl von Beteiligungsprozessen sowie ein effizientes Instrumentarium zu erarbeiten.
- 3. Bürgern Gehör verschaffen:**
Sehr angeregt wurde die Frage diskutiert, was das Ergebnis von Bürgerbeteiligung sein soll und darf. Geht es darum, dass Bürger Entscheidungen treffen, ihre Interessen artikulieren können oder „nur“ umfassend informiert werden? Klar ist, dass Bürgerbeteiligung die repräsentative Demokratie ergänzen und nicht ersetzen soll. „Ziel der Bürgerbeteiligung ist es nicht, es allen recht zu machen, sondern den Bürgern Gehör zu verschaffen“, fasste Prof. Klages es treffend zusammen. So erhalten Verwaltung und die Gemeinderäte wertvolle Impulse, welche Erwartungen die Bürger haben – und können bereits frühzeitig die Weichen richtig stellen. Entscheidend ist dabei, dass die Bürger die Gewißheit erhalten, sich schon in den Anfangsstadien von Entscheidungsprozessen und umfassend einbringen zu können.
- 4. Bürgerbeteiligungs-Kultur entwickeln:**
Bürgerbeteiligung ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um eine hohe Akzeptanz öffentlicher Vorhaben zu erreichen und Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Sie fördert mithin eine Kultur der Toleranz und des Gemeinsinns.

Auf Basis dieser Ziel- und Gestaltungsvorstellungen, die noch abschließend zu klären und weiterzuentwickeln sind, wird der Arbeitskreis in seinen weiteren Sitzungen konkrete Leitlinien für Bürgerbeteiligung erarbeiten, die alltagstauglich und verständlich sind. „Wir wollen keine akademischen Ausarbeitungen erstellen, sondern eine Handreichung, mit der Bürger, Gemeinderäte und Verwaltung im Alltag gut arbeiten können“, sagte Klages.

Bürgerfragestunde und Infos im Internet

Damit Bürgerinnen und Bürger bei der Erarbeitung der Leitlinien ihre Ideen und Anregungen einbringen können, hat der Arbeitskreis die Einführung einer Bürgerfragestunde beschlossen. Zu Beginn jeder Sitzung können interessierte Bürger ihre Fragen und Anregungen formulieren. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises findet am 8. April 2011 um 14 Uhr im Heidelberger Rathaus statt. Aber auch über das Internet können Fragen gestellt und Anregungen gegeben werden. Unter www.heidelberg.de sind weitere Informationen zum Thema sowie Unterlagen, Protokolle und Termine zu finden.

Bürgerbeteiligung – und kaum einer geht hin

Erstmals tagte der Arbeitskreis, der Verfahren ausarbeiten soll, wie sich die Bürger Gehör verschaffen können – Kaum Interesse der Öffentlichkeit

Von Micha Hornle

Da startete am Freitag die Stadt ihre Bürgerbeteiligung – und kaum ein Bürger kam dazu ins Rathaus. Zu Beginn der Sitzung waren es immerhin noch gut 20 Zuhörer auf den Rängen, am Ende, nach fünf-einhalb Stunden, gar keiner mehr. Aber vielleicht war die Auftaktveranstaltung zur Bürgerbeteiligung auch etwas spröde, denn es ging um die Grundlagen – und nicht um die spannendere Frage, wie die Bürger genau mitreden sollen. Die Grundlinie hatte OB Eckart Würzner so skizziert: „Wir machen keine Vorgaben, wie der Prozess organisiert wird. Wir wollen aber eine noch frühere, noch aktivere, aber ergebnisorientierte Einbindung der Bürger.“ Tatsächlich griff der OB dann nicht mehr in die Dauersitzung der 13 Vertreter aus Gemeinderat, Bürgerschaft und Stadtverwaltung ein. Er überließ die Moderation Professor Helmut Klages, den die Stadt vor einem knappen halben Jahr damit beauftragte, den „Heidelberger Weg der Bürgerbeteiligung“ auszuarbeiten. Das macht er nicht alleine, dabei hilft ihm der 13-köpfige Arbeitskreis, der „bis zum Sommer zu einem messbaren Ergebnis kommen soll“ (Klages).

Dabei soll die Rolle des Gemeinderates nicht angetastet werden; aber wie der Rat manchmal bei kniffligen Fragen Experten hinzuzieht, sollen nun die Bürger angehört werden. Die hätten dann das Gefühl, endlich mal gefragt zu werden – und müssten sich nicht erst über Proteste Gehör ver-



Erstmals lagte am Freitag der 13-köpfige Arbeitskreis „Bürgerbeteiligung“, den Helmut Klages (links, neben OB Eckart Würzner) moderierte. Er setzt sich aus vier Vertretern der Stadtverwaltung, vier Gemeinderäten und fünf Repräsentanten der Bürgerschaft (Stadtteilvereine, Kirchen, „Bürger für Heidelberg“, Bürgerstiftung und Sportvereine) zusammen. Das Interesse der Bürger bei dieser Auftaktsitzung war aber eher spärlich. Foto: Kresin

schaffen. Aber selbst das blieb nicht un widersprochen in dieser Auftaktsitzung: Freie-Wähler-Stadtrat Nils Weber sah durch „zu viel“ Bürgerbeteiligung den Gemeinderat bevormundet und übergangen. Und Gerhard Schäfer, der Vertreter der Sportvereine, fragte sich, ob die Bürgerbeteiligung nicht eher ein Vehikel für „sehr kleine Initiativen“ sei, „die sehr gut mobilisieren und dann für die Mehrheit sprechen wollen“. Und überhaupt: Was ist denn mit den vielen inaktiven, uninteressierten Bürgern? Wie will man die erreichen?

Und so war diese erste Sitzung zwar durchaus kontrovers – auch was den Sinn und die Berechtigung der Bürgerbeteiligung generell angeht –, aber durchaus konstruktiv. Denn es gab durchaus eine prinzipielle Verständigung über die Stärken und Schwächen der bisherigen Bürgerbeteiligung und die Erwartungen sowie Ziele, die die Akteure damit verbinden.

> **Die Stärken:** Im Prozess hin zu mehr Bürgerbeteiligung kann Heidelberg auf einen engagierten und aktiven Bürgerschaft aufbauen. Auch jetzt gibt es schon etliche

Erfahrungen mit Verfahren, die Bürger stärker miteinzubeziehen – wie die Bezirksbeiräte, den Jugendgemeinderat, den Runden Tisch oder die Werkstattgespräche. Und natürlich die Bürgerinitiativen.

> **Die Schwächen:** Vor allem ist unklar, wer sich bisher als Bürger Gehör verschafft hat. Repräsentieren die mit der lautesten Stimme auch die „schweigende Mehrheit“? Oder sind es eher Einzelinteressen? Außerdem wird kritisiert, dass die Stadt die engagierten Bürger nicht mit ausreichend Informationen versorgt und dass die Beteiligung bisher zu spät eingesetzt hat.

> **Die Ziele:** Die Bürgerbeteiligung sollte repräsentativ sein – und nicht nur Einzelinteressen befördern. Die Bürger wollen nicht zu allem und jedem gefragt werden, daher muss ihre Beteiligung sinnvoll sein und zu einem sichtbaren Ergebnis kommen. Vor allem sollten die Bürger möglichst früh sich einbringen können – und nicht erst, wenn alles schon entschieden ist. Und schließlich soll es eine

„Kultur des Gemeinsinns und der Toleranz“ (Albertus Bujard, „Bürger für Heidelberg“) geben, die zu einer hohen Akzeptanz von Projekten führt – worauf sich auch die Stadtverwaltung verlassen kann.

In der nächsten Sitzung am 8. April wollen sich die Teilnehmer einige Städte vornehmen, die bisher schon Bürgerbeteiligungskonzepte umgesetzt haben – wie das oberbayerische Weyarn, Filderstadt bei Stuttgart und Leipzig. Und dann wird es mal richtig spannend zu hören, wie und womit es anderswo klappt – oder hakt.

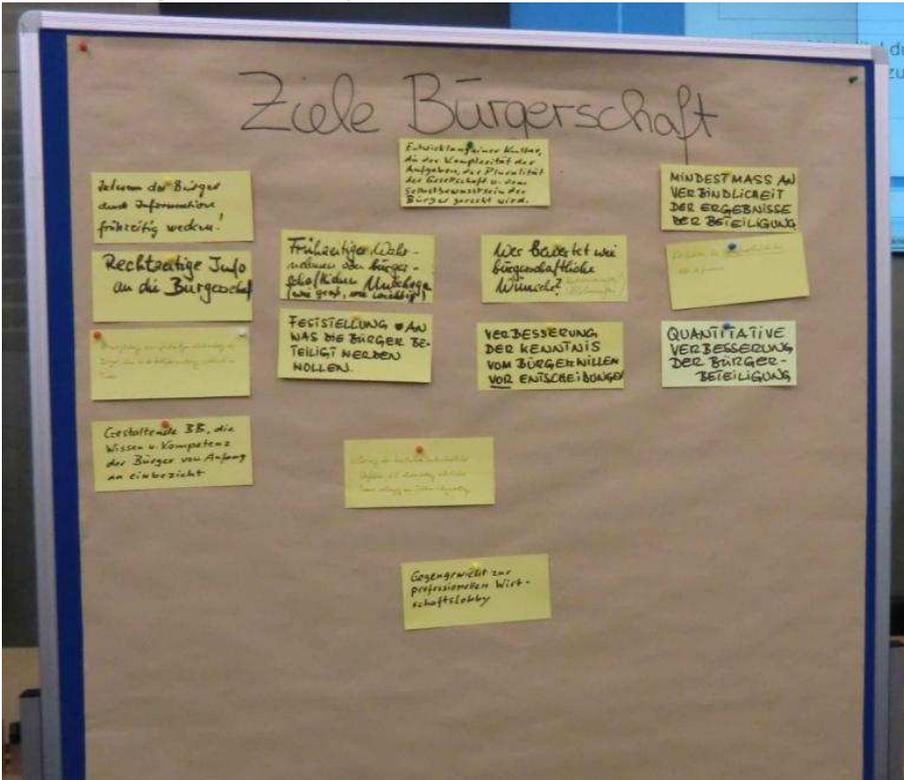
POLIZEI-BERICHT

Schläger griffen Passanten an
Zwei Schläger griffen am Samstag gegen 4.25 Uhr eine Frau und zwei Männer in Höhe des Taxistandes auf dem Bismarckplatz an. Zunächst pöbelten die beiden das Trio an. Nach einer verbalen Auseinandersetzung schlug ein Angreifer der Frau mit der Faust auf das Gesicht. Als ihr Freund helfen wollte, erhielt auch er einen Schlag auf die Augenbraue, wodurch diese aufplatzte. Die Täter, von denen keine Beschreibung vorliegt, flüchteten in unbekannt Richtung. Das Polizeirevier Mitte bittet unter Telefon 991700 um Zeugenhinweise.

Einbruch in Arztpraxen
In der Nacht von Freitag auf Samstag brachen unbekannte Täter in zwei Arztpraxen im „Burgstraßen-Carré“ in Handschuhheim ein. Die Täter hebelten jeweils ein Fenster auf und stiegen so in die Praxen ein. Dort durchsuchten sie die Zimmer und entwendeten jeweils einen geringen Bargeldbetrag. Hinweise über verdächtige Wahrnehmungen erbittet das Polizeirevier Nord unter Telefon 06221/45690.

Kontrollierter musste sich übergeben
Weil ein BMW-Fahrer am Sonntagmorgen kurz nach 3 Uhr in der Bergheimer Straße Schlangenlinien fuhr und seinen Kopf aus dem geöffneten Seitenfenster streckte, wollte ihn eine Polizeistreife kontrollieren. Als der Mann das bemerkte, bog er entgegen der Einbahnstraße in die Fehrenstraße ein, anschließend fuhr er in die Vangerowstraße, wo er seinen BMW abstellte und in ein Gebüsch rannte, um sich dort zu übergeben. Nachdem die Polizisten den 26-jährigen alkoholisierten Fahrer erwischt hatten, musste er auf dem Revier Mitte eine Blutprobe und seinen Führerschein abgeben.

Ziele der Bürgerschaft (Metaplan-Poster)



Ziele: Zusammenfassung (Metaplan-Poster)

